



SPÖ und ÖVP starten die Demokratiereform

Vor Beschlussfassung eines ersten Teils. „Elektronische Volksbegehren“ kommen.

JOHANNES HUBER

E-Mail: johannes.huber@vn.vol.at
Telefon: 01/3177834-10
Twitter: @Joh_Huber

WIEN. Seit Monaten verhandeln die Koalitionsvertreter - Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Staatssekretär Josef Ostermayer sowie die Klubobleute Josef Cap (SPÖ) und Karlheinz Kopf (ÖVP) - über eine Demokratiereform. Jetzt wollen sie Fakten schaffen: „Ich bin dafür, dass wir einen ersten Teil, auf den wir uns schon verständigt haben, noch heuer beschließen“, sagt Kopf im Gespräch mit den VN. „Das ist das Ziel“, lässt Ostermayer über eine Sprecherin wissen. Und auch Cap ist dabei: „Es ist erfreulich, wenn die ÖVP dazu bereit ist.“

Unbestritten ist auf Koalitionsebene, dass die elektronische Unterstützung von



Zum Unterzeichnen eines Volksbegehrens soll künftig kein Besuch im Gemeindeamt mehr nötig sein. Unterstützung wird auch übers Internet möglich. Foto: Androsch unterschreibt sein Bildungsvolksbegehren. FOTO: APA

Volksbegehren ermöglicht wird. Die Unterschrift kann damit übers Internet geleistet werden, der Gang aufs Gemeindeamt wird nicht mehr notwendig sein. Sind mindestens 100.000 Unterstüt-

zungserklärungen erreicht, soll das Begehren intensiver als bisher auf parlamentarischer Ebene behandelt werden müssen: Der Nationalrat soll zu einer Sondersitzung zusammenkommen, die Pro-

ponenten sollen im Plenum das Wort ergreifen dürfen. Ebenfalls elektronisch sollen Bürgeranfragen unterstützt werden können: Stellen sich mindestens 10.000 Bürger hinter eine Anfrage an einen Minister, muss dieser sie öffentlich beantworten. Weil offenbar erst eine neue Wählerevidenz aufgebaut werden muss, könnte das Inkrafttreten der Reform freilich bis 1. Jänner 2014 auf sich warten lassen. Die Frage einer zwingenden Volksabstimmung über ein erfolgreiches Volksbegehren ist indes noch offen: SPÖ und ÖVP wollen dazu erst das deutsche Modell der Bürgergesetzgebung prüfen.